



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 29.11.2018**

öffentlich

Ort: im Stadthaus
Festsaal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:46 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Dr. med. Detlef Wend	Ausschussvorsitzender SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Christina Greiner	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Sina Hermann	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Hendrik Kluge	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Annika Möbius	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Sascha Richter	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Nico Teschner	beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Herr Mahler	stellv. beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beate Gellert	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Gaby Hayne	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tobias Heinicke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Kerstin Köferstein	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Uwe Kramer	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Steffen Kohlert	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Heike Wießner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

Verwaltung

Dr. Christine Radig	Leiterin Abteilung Schule
Dr. Heike Schaarschmidt	Referentin Bildung und Soziales
René Lukas	stellv. Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Dr. Toralf Fischer	beratendes Mitglied Jugendhilfe
Richter Bruno Glomski	beratendes Mitglied Jugendhilfe
Thomas Hesse	beratendes Mitglied Jugendhilfe <i>Vertretung durch Herrn Mahler</i>
Mirko Petrick	beratendes Mitglied Jugendhilfe
Tatjana Privorotskaja	beratendes Mitglied Jugendhilfe
Petra Schneutzer	beratendes Mitglied Jugendhilfe
Tobias Steinicke	beratendes Mitglied Jugendhilfe
Christiane Sünemann	beratendes Mitglied Jugendhilfe
Susanne Wildner	beratendes Mitglied Jugendhilfe

Susanne Willers
Jörg Rommelfanger

Helga Schubert

beratendes Mitglied Jugendhilfe
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
Vertretung durch Herrn Heinicke

zu Einwohnerfragestunde

Herr Paul Henßge fragte, inwieweit der Jugendhilfeausschuss den Jugendförderverein Würfelpfuch e.V. fördern bzw. in seiner Arbeit unterstützen könnte.

Frau Brederlow antwortete, dass für eine finanzielle Unterstützung nach der geltenden Förderrichtlinie und einem zu stellenden Antrag entschieden wird.

Herr Kramer teilte mit, dass er Vorsitzender des Stadtjugendrings Halle (Saale) ist. Er lud Herrn Henßge zur nächsten Stadtjugendringsitzung ein.

Herr Paul Henßge betonte, dass in dem aktuellen Gebäude eine Jugendarbeit stattfinden kann. Es geht hierbei um eine Absicherung der derzeitigen Jugendarbeit.

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Es gab keine Fragen zur Kinder und Jugendsprechstunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Gellert, stellv. Ausschussvorsitzende, eröffnete die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Da es keine Änderungen zur Tagesordnung gab, rief **Frau Gellert** zur Abstimmung der geänderten Tagesordnung auf.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 01.11.2018
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2019/20 bis 2023/24
Vorlage: VI/2018/03930
- 5.1.1 Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU/FDP-Fraktion) zur Beschlussvorlage - Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2019/20 bis 2023/24 - Vorlagen-Nr.: VI/2018/03930
Vorlage: VI/2018/04657
- 5.2. Umsetzung der Jugendarbeit in der Stadt Halle (Saale) in den Jahren 2018 und 2019
Vorlage: VI/2017/03420
- 5.2.1 Änderungsantrag Uwe Kramer (Freie Träger) Jugendhilfeausschuss zur Beschlussvorlage „Umsetzung der Jugendarbeit in der Stadt Halle (Saale) in den Jahren 2018 und 2019“ (VI/2017/03420)
Vorlage: VI/2018/04620
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erarbeitung eines verbindlichen Vertretungssystems in der Kindertagespflege
Vorlage: VI/2018/04466
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1. Mitteilung zum Stand der LQE-Verhandlungen
- 8.2. Mitteilung zum Breitbandausbau an Schulen in Halle (Saale)
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 01.11.2018

Die Niederschrift vom 01.11.2018 lag nicht vor.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es gab keine Bekanntgabe von gefassten Beschlüssen in der nicht öffentlichen Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat stellt mit Beschluss den Schulentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2019/20 bis 2023/24 (Anlage 1) fest.
2. Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage des festgestellten Schulentwicklungsplanes und des darin ausgewiesenen Bedarfes an Beschulungskapazitäten in den einzelnen Schulformen für den Planungszeitraum folgende Maßnahmen:
 - 2.1 die Schaffung von Bedingungen zur Eröffnung der Grundschule Schimmelstraße am Standort Schimmelstraße 13-15, 06108 Halle (Saale) zum Schuljahr 2023/24 und die damit verbundenen Schulbezirksveränderungen der Grundschulen „Albrecht Dürer“, „August Hermann Francke“, Glaucha, „Gotthold Ephraim Lessing“, „Karl Friedrich Friesen“ und Neumarkt
 - 2.2 die Prüfung von befristeten Schulbezirksveränderungen für die Grundschulen „August Hermann Francke“, Dölau, „Karl Friedrich Friesen“ und „Ulrich von Hutten“ ab dem Schuljahr 2020/21
 - 2.3 die Prüfung von Möglichkeiten zur räumlichen Entlastung der Grundschulen Johannesschule und „Ulrich von Hutten“ sowie des Hans-Dietrich-Genscher-Gymnasiums, des Georg-Cantor-Gymnasiums und der Sprachheilschule Halle bis zum 31.12.2019 und die Aufnahme der Prüfergebnisse in die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes
 - 2.4 Schulbezirksveränderungen für die Grundschulen Friedensschule, Kanena/Reideburg, Nietleben, Radewell, „Wolfgang Borchert“ ab dem Schuljahr 2019/20 und deren Beschluss im Rahmen einer Änderungssatzung der Schulbezirkssatzung
 - 2.5 die Nutzung des Vorderhauses am Standort Regensburger Straße 35, 06132 Halle (Saale) durch die Sekundarschule Halle-Süd nach Beendigung der Nutzung als Ausweichstandort zur Beschulung der Schülerinnen und Schüler des Produktiven Lernens
 - 2.6 die Schaffung von Bedingungen zur Eröffnung der Sekundarschule Ottostraße am Standort Ottostraße 25, 06130 Halle (Saale) zum Schuljahr 2023/24 bzw. spätestens nach Beendigung der Nutzung als Ausweichstandort und den damit verbundenen Schulbezirksveränderungen
 - 2.7 die Prüfung von Möglichkeiten zur räumlichen Entlastung der Sekundarschule „Johann Christian Reil“
 - 2.8 die Schaffung von Bedingungen zur räumlichen Entlastung des Christian-Wolff-Gymnasiums durch den Bau eines Multifunktionsgebäudes am Campus Kastanienallee

- 2.9 die Schaffung von Bedingungen zur Eröffnung der Integrierten Gesamtschule am Holzplatz zum Schuljahr 2023/24 bzw. spätestens nach Beendigung der Nutzung als Ausweichstandort
- 2.10 die Schaffung von Bedingungen zur Eröffnung einer vierten Förderschule für Geistigbehinderte am Standort Ludwig-Bethke-Straße 11/12, 06132 Halle (Saale)

**zu 5.2.1 Änderungsantrag Uwe Kramer (Freie Träger) Jugendhilfeausschuss zur Beschlussvorlage „Umsetzung der Jugendarbeit in der Stadt Halle (Saale) in den Jahren 2018 und 2019“ (VI/2017/03420)
Vorlage: VI/2018/04620**

Herr Kramer führte seinen Antrag ein und begründete diesen. Er betonte, dass es hierzu zwei Schwerpunkte gibt. Diese sind zu einem die Jugendberatung und die Kinder- und Jugendfreizeit. Er bemerkte, dass in Ostdeutschland nicht viel Jugendberatung nach § 11 SGB VIII umgesetzt wird. Der § 11 SGB VIII hat die Jugendarbeit und der § 13 SGB VIII hat die Jugendsozialarbeit zum Gegenstand. Die Umsetzung der Jugendarbeit muss hinterfragt werden, hierbei sind verschiedene Blickwinkel zu beachten. Daher muss eine Auftragssituation zur Jugendberatung erfolgen. **Herr Kramer** nahm hierzu, auf das im Änderungsantrag ersichtliche Schnittstellenkonzept Bezug. Er wies darauf hin, dass ein Konzept zur Jugendberatung nur funktionieren kann, wenn es als ein Projektverbund angesehen wird.

Frau Brederlow teilte mit, dass es in der heutigen Sitzung eine Stellungnahme von Frau Heusch geben wird. Sie bemerkte, dass sich ein sogenannter Beratungsstellenverbund nicht alleine mit diesem Thema beschäftigen sollte. Sie wies darauf hin, dass in den Jugendeinrichtungen nur 10 % der Jugendlichen ankommen. Eine Beratung kann Anlass unabhängig sein und muss nicht aus einer Problemlage entstehen. Eine Angliederung der allgemeinen Jugendberatung an das Haus der Jugend im Kontext des Jobcenters halte sie für sinnvoll, doch dieses Detail muss heute nicht festgelegt werden, wo und ob es mobil auftrete.

Frau Heusch führte die Stellungnahme der Verwaltung ein und begründete diese.

Die Stellungnahme ist im Session JHA 29.11.2018 unter TOP 5.2.1 hinterlegt.

Herr Dr. Wend fragte, welche Volumenerhöhung für das Jahr 2019 geplant sei und welchen Anteil die Jugendberatung davon in Anspruch nimmt.

Herr Weiske teilte mit, dass das Gesamtvolumen für das Jahr 2019 ca. 700.000 Euro aufweist. Es werden in den kalkulatorischen Aufwendungen 700.000 Euro als Budget geplant. Die Aufwendungen für die Jugendberatung belaufen sich auf ca. 180.000 Euro.

Herr Kramer betonte nochmalig die unterschiedlichen Blickwinkel zum Sachverhalt. Es geht hierbei, um die schnittstellenbezogene Jugendarbeit. Er verdeutlichte es an einem Beispiel.

Frau Brederlow teilte mit, dass eine niedrigschwellige Fördermittelvergabe laut Förderrichtlinie nicht möglich ist.

Frau Dr. Schöps bemerkte, dass diese Beschlussvorlage bereits im Unterausschuss Jugendhilfeplanung November diskutiert wurde. Dort konnten einige Fragen nicht geklärt werden, die bis zum heutigen JHA beantwortet werden sollten. Sie betonte, dass ihr keine Antwort der Verwaltung vorliegt. Sie fragte, ob hierzu von der Verwaltung etwas vorbereitet wurde.

Frau Dr. Schaarschmidt teilte mit, dass die Fragen beantwortet wurden. Es muss die Antwort der Verwaltung zu den einzelnen Beschlusskontrollen im Ausschuss hinterlegt werden, wo diese auch gestellt worden sind. Daher sind diese im Unterausschuss Jugendhilfeplanung November eingestellt.

Frau Dr. Schöps fand es ärgerlich, dass diese Information nicht rechtzeitig übermittelt wurde.

Frau Gellert sagte, dass viele Jugendliche nicht die vorliegenden Jugendeinrichtungen bzw. Jugendclubs besuchen. Sie bemerkte, dass nur eine zentrale Beratungsstelle wie das Haus der Jugend unvoreilhaft ist. Es wäre dahingehend besser, diese externen Beratungen auf die einzelnen Sozialräume aufzuteilen. Jugendberatung und Jugendarbeit sollte an zentralen Orten, die fußläufig für Jugendliche zu erreichen sind, durchgeführt werden.

Frau Ranft bemerkte, dass die Antworten der Verwaltung vom Unterausschuss Jugendhilfeplanung zur weiteren Diskussion vorliegen sollten. Sie fragte, ob eine Vertagung dieser Beschlussvorlage möglich wäre.

Frau Brederlow schlug vor, die Vorlage heute abzustimmen, weil im nächsten Jugendhilfeausschuss die Beschlussvorlage zur den Fördermitteln behandelt werden soll.

Herr Schachtschneider betonte, es sei wichtig zu wissen, wie viele Jugendliche mit der üblichen Vorgehensweise erreicht werden. Er wies darauf hin, dass ein digitales Angebot bzw. Verfahren vorteilhafter wäre. In der heutigen Zeit wäre dieses Vorgehen effektiver.

Herr Kramer sagte, dass ein rein digitales Verfahren zu wenig wäre. Die Beratung im Bereich der Jugend, hat immer etwas mit Vertrauen zu tun. An der Schnittstelle der jetzigen Jugendarbeit sollte angesetzt werden. Er betonte, dass bei einer zielgerichteten Ausführung der Beratung deutlich mehr Jugendliche erreicht werden.

Frau Brederlow fügte hinzu, dass es eine Beratung seitens des Xenosprojektes gab. Dieses Projekt wurde in Zusammenarbeit mit der Villa Jühling erfolgreich durchgeführt.

Frau Haupt bemerkte, dass die mobile Jugendarbeit ein wichtiger Punkt ist. Des Weiteren fragte sie, wann die Verwaltung über die Ergebnisse der Jugendstudie informieren wird.

Frau Brederlow äußerte, dass der Jugendhilfeausschuss den Unterausschuss Jugendhilfeplanung beauftragen könnte, einen Vorschlag bis Februar 2019 zum Kapitel 3.3 Jugendberatung vorzulegen. In diesem Zeitraum wären auch die Ergebnisse zur Jugendstudie vorhanden.

Herr Kramer fragte, wie mit dem Bereich der Freizeiten umgegangen wird.

Frau Brederlow betonte, dass heute eine Abstimmung erfolgen sollte. Es sind einzelne Änderungen in der Beschlussvorlage bzw. im Änderungsantrag möglich.

Frau Brederlow sagte, dass die Verwaltung ihren Beschlusstext um folgenden Punkt ergänzen wird.

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt den Unterausschuss Jugendhilfeplanung, zum Kapitel 3.3 Jugendberatung einen Vorschlag bis Februar 2019 vorzulegen.

Frau Dr. Schöps teilte mit, dass sie diese Vorgehensweise unterstützt.

Herr Kramer bat um eine kurze Pause zur Klärung vor der Beschlussfassung.

Herr Dr. Wend fasste die bisherigen Redebeiträge für die Ausschussmitglieder zusammen und gab der 5 minütigen Auszeit statt.

Herr Dr. Wend teilte mit, dass am 23.11.2018 die Antworten der Verwaltung zu den einzelnen Fragen im Unterausschuss Jugendhilfeplanung versendet wurden.

Frau Brederlow erläuterte den Ausschussmitgliedern die Änderungen in der Beschlussvorlage.

Herr Kramer erläuterte den Ausschussmitgliedern die Änderungen seines Änderungsantrages.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Herr Dr. Wend** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: **zugestimmt mit Änderung**

Beschlussvorschlag:

Die Anlage zum Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert.

- ~~1. Die Kapitel 2.3 und 3.3 Jugendberatung werden gestrichen und durch die neuen Kapitel 2.3 und 3.3 Schnittstellenbezogene Jugendarbeit ersetzt.~~
2. Das Kapitel 3.4. Ferienmaßnahmen und internationale Jugendarbeit wird um einen Absatz ergänzt.

zu 5.2 Umsetzung der Jugendarbeit in der Stadt Halle (Saale) in den Jahren 2018 und 2019 Vorlage: VI/2017/03420

Herr Weiske führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Frau Brederlow fügte hinzu, dass in der Beschlussvorlage verschiedene Angaben korrigiert wurden. Dies betrifft den Sozialraum I und Sozialraum V.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Herr Dr. Wend** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: **zugestimmt mit Änderung**

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Schwerpunkte für die Umsetzung der Jugendarbeit in Halle (Saale) für die Jahre 2018 und 2019, **mit Ausnahme Kap. 3.3** (Anlage).
2. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung ihre Tätigkeit entsprechend dieser Schwerpunktsetzungen auszurichten.
3. Der Jugendhilfeausschuss berücksichtigt diese Schwerpunktsetzungen bei seinen Entscheidungen zur Förderung der freien Jugendhilfe für diese Jahre.
4. **Der Jugendhilfeausschuss beauftragt den Unterausschuss Jugendhilfeplanung, zum Kapitel 3.3 Jugendberatung einen Vorschlag bis Februar 2019 vorzulegen.**

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erarbeitung eines verbindlichen Vertretungssystems in der Kindertagespflege
Vorlage: VI/2018/04466**

Frau Ranft wies darauf hin, dass der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erarbeitung eines verbindlichen Vertretungssystems in der Kindertagespflege vertagt werden soll.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Halle entwickelt, z.B. auf Grundlage existierender best-practice-Beispiele, ein wirksames Vertretungssystem für die Kindertagespflege und legt dem Stadtrat bis Juni 2019 einen Umsetzungsvorschlag dazu vor. Idealerweise sind Fachkräfte aus der Praxis in den Erarbeitungsprozess einzubeziehen.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein System zur statistischen Erfassung von Vertretungsfällen (Urlaub, Krankheit, Fortbildung) sowie eine dafür geeignete Verfahrensweise zu erarbeiten. Die dazu erforderliche Mitwirkung der Kindertagespflegestellen wird in die Vertragsgestaltung aufgenommen.
3. Die Richtlinie über die Tagespflege in der Stadt Halle (Saale) gemäß §§ 23,24 SGB VIII und KiFöG LSA wird dementsprechend angepasst.
4. In den Haushalt 2020 werden entsprechende Aufwendungen zur Initiierung und Umsetzung des Vertretungssystems eingeplant.

Vertagungsergebnis noch einfügen

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktion und Stadträten.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Mitteilung zum Stand der LQE-Verhandlungen

Frau Ranft fragte, warum es aktuell keine LQE-Verhandlungen im Bereich Kita gibt.

Frau Brederlow teilte mit, dass sich die personelle Situation momentan als schwierig erweist. Derzeit findet eine Umstrukturierung statt.

Frau Ranft wies darauf hin, dass die Träger dadurch finanzielle Einbußen haben.

Frau Brederlow wies dies zurück.

Frau Trautmann äußerte, dass derzeit Verhandlungen mit unterschiedlichen Trägern stattfinden. Die Träger haben keine finanziellen Einbußen und der laufende Betrieb ist gewährleistet.

Die Mitteilung ist schriftlich im Session hinterlegt.

zu 8.2 Mitteilung zum Breitbandausbau an Schulen in Halle (Saale)

Die Mitteilung ist schriftlich im Session hinterlegt.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Frau Gellert zu Kriterien von zusätzlichen 13 Erzieherstellen

Frau Gellert erkundigte sich zum Stand der 13 zusätzlichen Erzieherstellen.

Frau Brederlow teilte mit, dass sich die dazugehörige Beschlussvorlage derzeit in der verwaltungsinternen Beratung befindet.

zu 9.2 Frau Gellert zur Einführung des neuen KiföG

Frau Gellert fragte, welche Konsequenzen die Einführung des neuen Kinderförderungsgesetzes für die Stadt Halle (Saale) bzw. für die freien Träger und Eltern hat.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass der Fachbereich Bildung intern in den Vorbereitungen hinsichtlich dieser Einführung ist.

zu 9.3 Frau Gellert zur Anzahl und Kosten von Heimaufenthalten

Sie fragte, wie viele Kinder bzw. Jugendliche von der Stadt Halle in geschlossenen Kinderheimen untergebracht wurden. Sie erkundigte sich nach den vorliegenden Kosten.

Frau Brederlow bestätigte, dass die Antwort schriftlich erfolgen wird.

zu 9.4 Frau Gellert zur Erhöhung der Gelder für den Bereich der präventiven Jugendarbeit

Frau Gellert bemerkte, dass eine Erhöhung der präventiven Jugendarbeitsgelder in der Stadt (Halle) erwirkt wurde. Sie erkundigte sich, wenn die finanziellen Mittel pro Kind, pro Jugendlichen und pro Sozialraum ausreichen würden, in welchem Verhältnis dann die reine präventive Jugendarbeit zu berücksichtigen wäre.

Frau Brederlow wies auf die Beschlussvorlage unter TOP 5.2. Das sind die Mittel der Erhöhung der präventiven Jugendarbeit.

zu 9.5 Frau Gellert zur Frühförderung in der Stadt Halle (Saale)

Frau Gellert fragte, wie sich die Frühförderung ab der Einschulung gestaltet. Es besteht ab der Einschulung von Kindern weiterhin Bedarf einer Frühförderung. Sie schlug vor, dieses Thema auf den Themenspeicher zusetzen.

Frau Brederlow teilte mit, dass dieses Thema aufgenommen wird.

zu 9.6 Frau Haupt zur privaten Jugendeinrichtung in der Silberhöhe

Frau Haupt fragte, wie sich die derzeitige Entwicklung bzw. Betreuung dieser Jugendeinrichtung gestaltet.

Frau Brederlow bestätigte, dass die Antwort schriftlich erfolgen wird.

zu 9.7 Herr Mahler zu zusätzlichen finanziellen Kosten in Kitaeinrichtungen

Herr Mahler teilte mit, dass es mehrfache Anfragen zum Umgang mit verschiedenen Zusatzbeiträgen gab. Einzelne Träger fordern Eltern auf, für zusätzliche Gruppenveranstaltungen, freiwillige Zusatzzahlungen zu leisten. Er fragte, inwieweit und auf welcher Grundlage so etwas möglich ist.

Frau Brederlow teilte mit, dass es dafür keine gesetzliche Grundlage gibt. Dies wird intern in den einzelnen Kitas geregelt und beschlossen. Auch eine Einsichtnahmen in die Verwendung und Abrechnung kann in der jeweiligen Einrichtung verlangt werden. Hinweise auf Unregelmäßigkeiten können dem FB Bildung übermittelt werden.

zu 10 Anregungen

Frau Dr. Schöps entschuldigte sich bei der Verwaltung über ihre Kritik über die fehlenden Antworten der Verwaltung zur Umsetzung der Jugendarbeit in der Stadt Halle (Saale) in den Jahren 2018 und 2019. Es war grundlos.

Es gab keine weiteren Anregungen, **Herr Dr. Wend** beendete die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Dr. Detlef Wend
Ausschussvorsitzender

René Lukas
stellv. Protokollführer